

Die Neue Heimat oder: Ein Unternehmen des DGB in Skandale verstrickt

Der CDU-Bundesfachausschuß „Städte- und Wohnungsbau“ hat die nachfolgende Dokumentation zum Thema „Neue Heimat“ erarbeitet. Auf einer Pressekonferenz in Bonn erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses, Franz Möller: Der Bundesfachausschuß „Städte- und Wohnungsbau“ verurteilt, daß der DGB und die Neue Heimat die Sanierung des Gewerkschaftskonzerns „Neue Heimat“ auf Kosten der Steuerzahler anstreben.

Der Bundesfachausschuß „Städte- und Wohnungsbau“ fordert den DGB hiermit auf,

- ein tragfähiges Sanierungskonzept für die Neue Heimat vorzulegen;
- alles Notwendige zur Klärung der Vermögens- und Schuldenverhältnisse der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat beizutragen und
- nicht durch panikartige Verkäufe von Wohnungen und damit verbunden die Inanspruchnahme von Steuermitteln die Verluste des Gewerkschaftsunternehmens der Allgemeinheit anzulasten.

I. Feststellungen über die Neue Heimat

1. Die „Neue Heimat Unternehmensgruppe“ geriet 1982 mit einem großen Skandal in die Schlagzeilen. Damals betraf es den privaten Zweig der Unternehmensgruppe, die „Neue Heimat Städtebau“. Diese stand kurz vor dem Ruin. Doch der DGB und die Einzelgewerkschaften als Eigentümer der N.H.-Unternehmensgruppe halfen mit 1,5 Milliarden Mark aus und retteten die N.H. Städtebau!
2. Heute steht die „Neue Heimat Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH“ (Neue Heimat Wohnungsbau), der gemeinwirtschaftliche Teil, am Rande des Konkurses. Die Schulden wachsen ihr über den Kopf.
3. Die Neue Heimat hat kaum eigenes Geld! Die Eigenkapitalquote der Neuen Heimat beträgt bundesweit nur etwa 3 Prozent! Das heißt, 97 Prozent

der Gelder der Neuen Heimat sind von Kreditgebern, zumeist Banken! Bei keinem anderen Unternehmen hätten Banken in solch einem Umfang Kredite vergeben. **Doch bei der Neuen Heimat wußte jeder, daß der reiche DGB dahinter steht.** Das genügte den Kreditgebern als Sicherheit.

4. Doch nicht nur durch die Kredite, vor allem durch Mißmanagement wuchsen die Schulden der Neuen Heimat. Der Skandal ist nun unübersehbar: 17,8 Mrd. DM Verbindlichkeiten der „Neuen Heimat Wohnungsbau“ Ende 1984. Von diesem Schuldenberg sind 1,2 Mrd. DM kurzfristig zurückzuzahlende Kredite.

5. DGB und Einzelgewerkschaften sind wieder, wie 1982 beim privaten Unternehmensteil, als Eigentümer gefordert, für die Verbindlichkeiten des gemeinnützigen Konzernteiles „Neue Heimat Wohnungsbau“ einzutreten.

6. Jetzt weigert sich der DGB, seinen Verpflichtungen als Eigentümer der Neuen Heimat nachzukommen und die Neue Heimat zu retten. Das ist der gleiche DGB, dem die Kreditgeber vertrauten und der genügend Reserven in seinem Unternehmens-Imperium zur Rettung mobilisieren könnte.

7. Aber der DGB und die betroffenen Gewerkschaften wollen dem gemeinwirtschaftlichen Unternehmensteil **nicht** helfen! Statt mit dem nötigen Geld versuchen sie über massive Wohnungsverkäufe die Neue Heimat zu sanieren und auf verschiedensten Wegen an Steuergelder heranzukommen.

8. Durch Wohnungsverkäufe ist eine Sanierung der Neuen Heimat nicht zu erreichen! Deshalb entwickelte sich eine neue Idee in den Köpfen der Verantwortlichen: **Der drohende Konkurs soll mit öffentlichen Geldern abgewendet werden.**

9. Für das Mißmanagement von DGB-Funktionären in Vorstand und Aufsichtsrat der Neuen Heimat sollen jetzt die Steuerzahler einspringen. Die Verantwortlichen beim DGB und der Neuen Heimat hatten seit dem ersten großen Skandal 1982 vier Jahre Zeit, um einen Sanierungsplan für das problemgeschüttelte Unternehmen vorzulegen.

Dies geschah nicht, die Zeit verstrich ungenutzt.

II. Die Stellung der Neuen Heimat im Netz des Gewerkschaftsimperiums

Wie bei fast allen gewerkschaftseigenen Unternehmen des DGB sind exakte Informationen über Beteiligungen, Verflechtungen, Gewinnverwendung und Geschäftspolitik nur bruchstückhaft zu erhalten: Gewerkschaftsunternehmen sind unübersichtlich, miteinander verschachtelt und geben kaum Informationen preis. Deshalb ist bei Betrachtung der Neuen Heimat zuerst die Struktur der Gewerkschaftsunternehmen zu erläutern.

Die Unternehmensgruppe Neue Heimat teilt sich in zwei Linien, die private und die gemeinwirtschaftliche (vgl. Übersicht 1). Die genauen

Besitzverhältnisse und einen Teil des Imperiums in seinem verwirrenden und verwobenen Zusammenhang zeigt **Übersicht 2**.

Im Zentrum des Netzes steht die BGAG (Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG; Frankfurt/Main). Wie die Übersicht 2 zeigt, gehört die Neue Heimat zu 98% der BGAG und zu 2% dem DGB. Da der DGB und die Einzelgewerkschaften aber zu 100% Eigentümer der BGAG sind, ist es eindeutig: **Die Gewerkschaften besitzen die Neue Heimat**. Und sie sind somit verantwortlich für das Geschick dieses Unternehmens!

In der Übersicht 2 (Stand: Februar 1985) ist die „VHU — Vermögensholding und Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH“ zu finden. Diese hieß bis Ende Februar 1985 noch „Volksfürsorge Verwaltungsgesellschaft mbH — (Vofü)“.

Und eine weitere Umbenennung:

Die in Übersicht 2 aufgeführte „GSP“ (Gesellschaft für Städtebau und Planung AG) hieß noch vor kurzem — „Neue Heimat Städtebau“. Aber diesen skandalumwitterten Namen wollte der DGB unbedingt loswerden!

Zur langfristigen Vorbereitung der Wohnungsverkäufe im September 1985 gehörte die Gründung einer hundertprozentigen Tochterfirma der VHU.

Diese neue Tochterfirma heißt „BGI“ = „Beteiligungsgesellschaft für Immobilien, Frankfurt“. (Mit nur hunderttausend Mark Eigenkapital kaufte die BGI im September 1985 für Milliardenbeträge Wohnungen — von der Neuen Heimat.)

Das waren die Vorbemerkungen, ohne die sich niemand in dem verfilzten Unternehmensgewebe aus Namensänderungen von Firmen und unübersichtlichem Aufbau zurechtfinden würde. Eines kann jedoch durch keine noch so komplizierte Verschachtelung überdeckt werden: **Der DGB ist für die Neue Heimat verantwortlich!**

III. Chronik der Skandale

1. 1982: Die Neue Heimat Städtebau

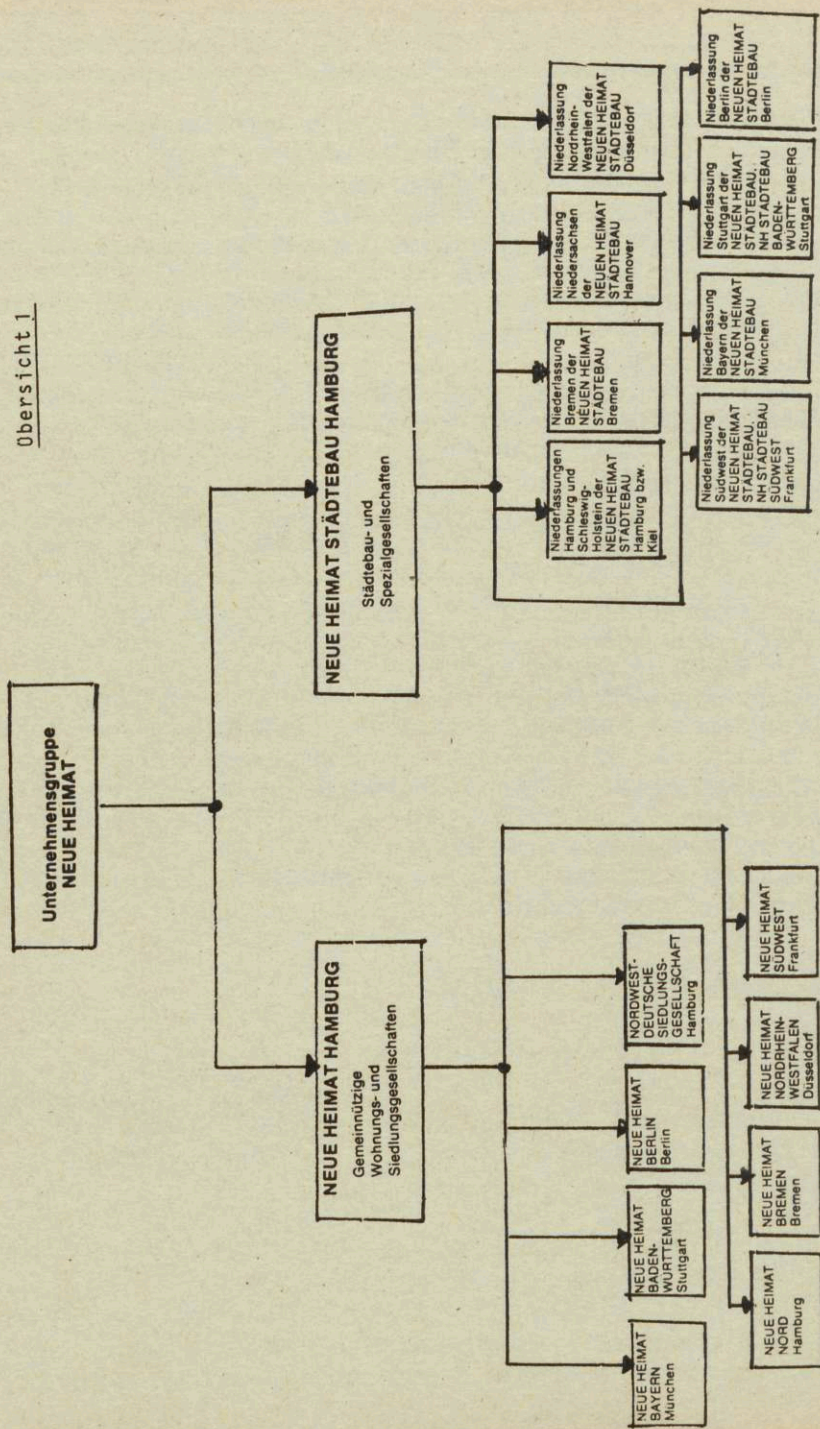
Im gleichen Zeitraum, in dem die SPD-geführte Bundesregierung mit ihrer verfehlten Politik die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland in die roten Zahlen brachte, geriet auch die 1969 gegründete Neue Heimat Städtebau an den Rand des Ruins.

Gerade für Gewerkschaftsunternehmen fragwürdige Spekulationen im Ausland (u. a. in Mittel- und Südamerika) mit Hotels und Bauland, führten — nach Milliardenverlusten — 1982 zum großen Knall.

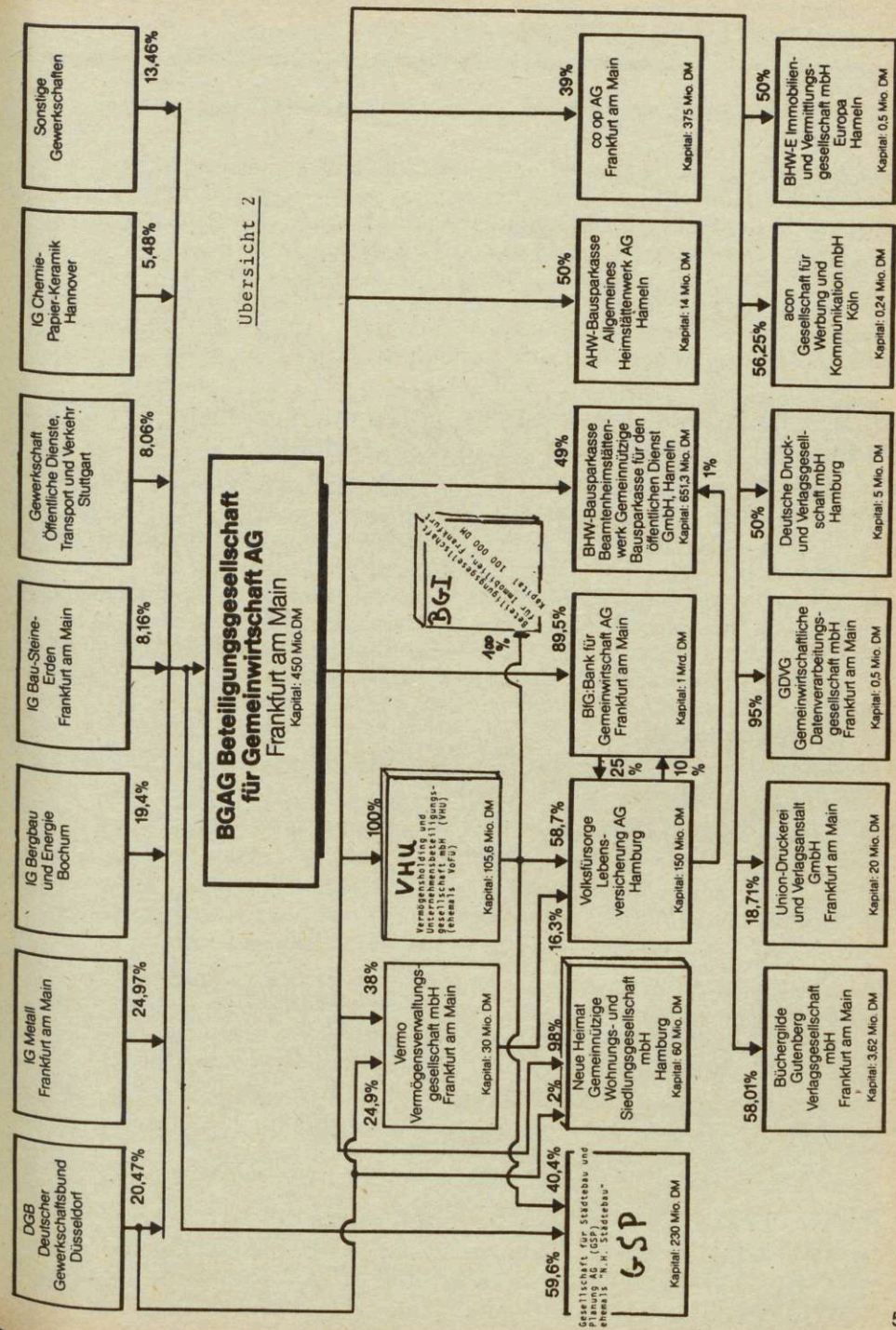
Die wichtigsten Gründe für den 1982er Neue Heimat Städtebau-Skandal:

- a) **Fehlspekulationen** mit Grundstücken am Weltmarkt;
- b) **Mißwirtschaft** in der Unternehmensführung;

Obersicht 1



Übersicht 2



c) **Selbstbereicherung** einiger Manager an der Unternehmensspitze unter Führung Albert Vietors.

Kurz zusammengefaßt kann man sagen, daß das Mißmanagement der Gewerkschaftsführer und Neue Heimat-Manager in Vorstand und Aufsichtsrat der Neuen Heimat Städtebau den Beinahe-Konkurs dieses Unternehmens verursacht hat. In diesem Fall sprangen DGB und Einzelgewerkschaften mit 1 500 000 000 DM (etwa 160 DM je Gewerkschaftsmitglied) ein. Sie retteten ein privatwirtschaftliches Unternehmen, von ihnen selbst an den Rand des Ruins geführt, vor dem Konkurs. Dafür lobt der DGB sich heute selbst!

2. 1985: Neue Heimat Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH – Wohnungsverkäufe

Währenddessen geriet der gemeinnützige Zweig der Neuen Heimat-Gruppe in eklatante Schwierigkeiten. Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland erhielt die **steuerbefreite** Neue Heimat Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH insgesamt mindestens **10 Mrd. DM an Subventionen** vom Staat. DGB und Einzelgewerkschaften (Aufsichtsrat und Geschäftsführung rekrutieren sich, wie auch bei der N.H. Städtebau, aus Mitgliedern der genannten Gruppen sowie Mitgliedern des Betriebsrates der N.H.) schafften das nahezu Unmögliche und brachten den Konzern an den Rand des Konkurses mit Verbindlichkeiten von 17,8 Mrd. DM (Konzernbilanz zum 31. 12. 1984).

Wir erinnern uns: 1982 halfen die Gewerkschaften der privatwirtschaftlichen „Neue Heimat Städtebau“ mit 1,5 Mrd. DM.

Heute: Der DGB und seine Einzelgewerkschaften verweigern dem gemeinnützigen Teil der Neuen Heimat die Hilfe.

Der DGB, dem die Neue Heimat gehört und der das Mißmanagement mit zu verantworten hat, wollte die Milliardenverluste der gemeinnützigen Neuen Heimat durch den Verkauf von 100 000 Wohnungen ausgleichen.

Nach Schätzungen des Hamburger Wissenschaftlers Professor Strobel im September 1985 reichten diese geplanten 100 000 Wohnungen jedoch nicht aus. Vielmehr müßten mindestens 200 000 Wohnungen, also über zwei Drittel des gesamten Wohnungsbestandes der Neuen Heimat, verkauft werden.

Inzwischen wird allgemein bezweifelt, ob die Neue Heimat durch Verkäufe überhaupt noch zu retten ist. Doch zunächst verkaufte die N.H. im September 1985 in einer spektakulären Aktion über 20 000 Wohnungen.

Was sagen die betroffenen Mieter zu den Verkäufen?

Es ist verständlich, wenn die Mieter beunruhigt und verunsichert sind, denn die Neue Heimat hat sie nicht hinreichend über ihre Mieterrechte nach einem

Verkauf aufgeklärt. Durch fehlende Informationen aber entsteht die Angst der Mieter.

Bei einem Mietertreffen im Hamburger Stadtteil Farmsen, in dem die Neue Heimat 2 553 Wohnungen an die BGI verkauft hat, sagten Mieter: „Vor 30 Jahren sind wir in Schlichtwohnungen mit Kanonenöfen gezogen. Mit eigener Arbeit und eigenem Geld haben wir sie in Komfortwohnungen verwandelt. Jetzt sollen sie verscherbelt werden.“ „Was meinen sie denn, hier wäre doch längst alles verkommen, wenn wir es nicht schön gemacht hätten. Jetzt kommen die und verkaufen die Wohnungen heimlich.“ (Zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 5. Oktober 1985)

Auszug aus der Predigt von **Pfarrer Hans Blum** in der von der Neuen Heimat verkauften Henri-Dunant-Siedlung in Frankfurt: „**Die Gesellschaft, die sich ‚Neue Heimat‘ nennt, hat die Heimat von Menschen verkauft.** Ob sie damit die Menschen selbst verkauft und verraten hat, wissen wir noch nicht. Aber die Angst vor möglichen Folgen des Ausverkaufs sitzt im Nacken, macht schlaflos und krank.“ (Zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 3. Oktober 1985)

Äußerungen von Mietern der Dunant-Siedlung: „**Die betrügen die Leute**, für die sie angeblich gemeinnützig gebaut haben.“ „Die Miete werden sie wohl erhöhen“, sagt eine Nachbarin, die „an Armen und Beinen gezittert hat“, als sie las, daß die Neue Heimat ihre Wohnung verkauft. „Am ärgsten“, sagt sie, „sind dann die Witwen dran, die eine kleine Rente haben. Von denen gibt es hier genug.“ (Zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 25. September 1985)

Dem DGB und der Neuen Heimat sind die Mieterstimmen jedoch egal.

DGB-Chef Breit: „Was so fürchterlich an Wohnungsverkäufen sein soll, vermochte er (Ernst Breit) nicht nachzuvollziehen.“ (Zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 2. Oktober 1985)

Und der Neue Heimat-Chef Diether Hoffmann antwortete in einem Interview auf die Feststellung:

„Für die Mieter sind ihre Wohnungsverkäufe keine Frage von Zahlen, sondern eine Frage von Glaubwürdigkeiten. Wut und Zorn richten sich in gleichem Maße gegen Gewerkschaften und Sozialdemokraten.“ **Hoffmann**: „**Damit muß man leben.**“ (Stern vom 18. 10. 1985)

Statt vernünftiger Sanierung — Wohnungsverkäufe!

Am 17. September 1985 verkaufte die Neue Heimat zunächst mit einem Schlag 22 000 Wohnungen, anstatt ein tragfähiges Sanierungskonzept vorzulegen!

Wie ging nun so ein Verkauf vonstatten?

Am Beispiel Bremens: Hier verkaufte die gewerkschaftseigene Neue Heimat

Bremen an die gewerkschaftseigene BGI 8082 Wohnungen. Der Preis betrug pro Quadratmeter 700 bis 750 Mark. Den Mietern waren diese Wohnungen vor dem Verkauf für 1 500 Mark je Quadratmeter (also das Doppelte!) angeboten worden! Die gewerkschaftseigene, privatwirtschaftliche BGI kaufte 1985 mit nur 100 000 Mark Kapitalausstattung für über 1 Milliarde Mark Wohnungen von der gewerkschaftseigenen, aber gemeinwirtschaftlichen, Neue Heimat Wohnungsbau.

Als weiterer Mosaikstein zum skandalösen Geschäftsverhalten der Neuen Heimat wurde Ende Februar 1986 bekannt, daß in Hamburg-Bramfeld 439 Wohnungen und 12 Läden schon vor über einem Jahr von der Neuen Heimat heimlich verkauft wurden. Die Mieter erfuhren dies jetzt erst durch ein Schreiben der Neuen Heimat. Vom Mieterbund in Hamburg sagte dazu Dr. Eckard Pahlke: „Nicht auszuschließen, daß Tausende von Mietern der Neuen Heimat längst bei einem neuen Hauswirt wohnen, ohne davon zu wissen.“ (Bild vom 26. Februar 1986)

Besonderheiten der Verkäufe von gewerkschaftseigener Neuer Heimat Wohnungsbau an gewerkschaftseigene „BGI-Privat“: Verkauft werden überwiegend die guten Wohnungen, die Rosinen im Wohnungskuchen der gemeinnützigen Neuen Heimat. Die Neue Heimat Wohnungsbau behält letztlich minderwertige Wohnungen, bei denen kaum der Wohnwert erhalten wurde.

Dieser Restbestand ist schwer verkäuflich. Wenn diese Verkaufspraxis so weitergeht, ist abzusehen, daß die Neue Heimat Wohnungsbau bald zum ewigen Sanierungsfall wird.

Die Gewerkschaften scheinen nicht nur die Mieter nicht zu informieren, wie es mit ihren Rechten aussieht, sie informieren offensichtlich auch die kleineren Funktionäre in ihren Reihen nicht, daß der DGB Eigentümer der N.H. ist und somit er und die Einzelgewerkschaften direkt für die Neue Heimat verantwortlich sind:

Heinz Meinking, erster Bevollmächtigter der IG Metall in Bremen: „Auf jeder Betriebsversammlung kriege ich die Wohnungsverkäufe um die Ohren gehauen, obwohl wir doch gar nichts damit zu tun haben.“ (Metall, die IGM-Zeitung, vom 18. Oktober 1985)

3. 1986: DGB und Neue Heimat wollen eine Sanierung mit Steuergeldern

Die Gewerkschaften (DGB und Einzelgewerkschaften) gehen davon aus, daß sie mit 1,5 Milliarden DM, die sie in die Neue Heimat gegeben haben, genug zur Sanierung beigetragen haben. Sie vergessen offensichtlich vollkommen, daß dieses Geld an die N.H. Städtebau floß. Der gemeinwirtschaftliche Teil der N.H.-Unternehmensgruppe ist bisher nicht unterstützt worden! Die

DGB-Gewerkschaften wollen aber auf keinen Fall Gelder in die N.H.-Wohnungen geben. Sie sind angeblich „an Beschlüsse gebunden“.

Da die 1985 eingeleiteten massiven Wohnungsverkäufe die akuten Finanzprobleme der Neuen Heimat nicht gelöst haben, versuchten DGB und Neue Heimat Anfang 1986 die Bundesregierung unter Druck zu setzen. Sie betrieben ein Geschäft mit der Angst der Mieter.

Die Mieter wurden vom DGB und der Neuen Heimat nicht umfassend über ihre Rechte informiert. Bundesbauminister Oscar Schneider stellte auf einer Pressekonferenz Ende Januar 1986 klar: **Bei Wohnungsverkäufen haben die Mieter nichts zu befürchten. Ihre Rechte bleiben in vollem Umfang erhalten!**

Der Versuch von DGB und Neuer Heimat, die Bundesregierung zum Aufkauf von Wohnungen bzw. zu direkten Subventionen in die Neue Heimat zu bewegen, um die Sozialbindung der verkauften Wohnungen zu erhalten, ist durchsichtig: Der DGB versucht, die durch eigenes Verschulden in enorme Schwierigkeiten geratene Neue Heimat auf dem Rücken der Steuerzahler zu sanieren. **Als Instrument dazu nimmt er die von ihm verursachte Angst der Mieter.**

Wenn der DGB und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften nicht bald ihrer Pflicht nachkommen, hier finanziell einzuspringen, wird der Zusammenbruch des größten europäischen Wohnungsbaukonzerns die Folge sein! Die Gewerkschaften haben die Möglichkeiten, haben die Gelder. Sie müssen handeln! **Der Ruf nach öffentlichen Geldern ist in dieser Situation absurd!**

4. DGB, Neue Heimat, der Bundesbauminister und die Länderbauminister beraten gemeinsam – Keine genauen Zahlen über die Neue Heimat!

Die Bundesregierung machte dem DGB ihre Position unmißverständlich klar: Keine Sanierung der Neuen Heimat durch Steuergelder.

Da die Vermögens- und Verschuldungssituation der Neuen Heimat vollkommen undurchschaubar ist, trafen sich am 5. Februar 1986 Vertreter des DGB und der Neuen Heimat mit Bundesbauminister Oscar Schneider und seinen Kollegen aus den Bundesländern. Ziel des Treffens war es, ein umfassendes Bild über die Lage der Neuen Heimat zu erhalten.

Doch die vom Management der Neuen Heimat vorgelegten Zahlen ließen eine vernünftige Beurteilung der Situation des gewerkschaftseigenen Konzernes nicht zu. Aus diesem Grunde erklärte sich die Neue Heimat-Unternehmensführung dazu bereit, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „Treuarbeit“ mit der Erstellung eines Gutachtens zu beauftragen. Dieses Gutachten sollte eindeutige Klarheit über folgende Punkte bringen:

- die Bewertung des Gesamtvermögens;
- den Gesamtschuldenstand;
- die Struktur der Verbindlichkeiten;
- die Leistungsverpflichtungen und
- die haftungsrechtlichen Verpflichtungen innerhalb des Gesamtkonzerns der Neuen Heimat.

Darüber hinaus einigte man sich bei dem Treffen am 5. Februar auf die **Vorlage eines Sanierungskonzeptes** seitens der Gewerkschaften und der Neuen Heimat. Zur Erarbeitung des Sanierungsplanes verpflichteten die Gewerkschaften den ehemaligen Manager der Dresdner Bank, Manfred Meier-Preschany. Damit ist deutlich geworden, daß der 1982 mit dieser Aufgabe eingestellte Diether Hoffmann endgültig versagt hat.

5. DGB und Neue Heimat brechen die Vereinbarungen

Sechs Wochen nach dem Treffen haben Ernst Breit (DGB) und Diether Hoffmann (Neue Heimat) dem Bundesbauminister bei einem Treffen mitgeteilt, **daß sie keinen Prüfungsauftrag an ein neutrales Wirtschaftsprüfungsinstitut vergeben werden.** Statt dessen wollen sie selbst Zahlen zur Lage der Neuen Heimat zusammenstellen. Diese Zahlen liegen, in Form eines „Memorandums“, dem Bundesbauminister inzwischen vor. Doch wie beim Treffen am 5. Februar sind auch diesmal die vorgelegten Zahlen wenig aussagefähig. **Wieder sind Wochen, die dringend zur Sanierung der N.H. benötigt wurden, nutzlos verstrichen.**

Dieser Vereinbarungsbruch erfolgt nicht unerwartet: Es wurde schon lange vermutet, daß die tatsächlichen Zahlen zur Vermögens- und Schuldensituation der Neuen Heimat die bislang bekanntgewordene skandalöse Finanzsituation noch weit übertreffen dürften. Und glaubwürdige Zahlen kann nur eine neutrale Prüfung ergeben — nicht aber ein selbsterstellter Bericht der Neuen Heimat.

Doch entsprechend ihrem bisherigen Verhalten im Falle Neue Heimat zogen es der DGB und das Neue Heimat-Management vor, statt der Vorlage eines langfristig tragfähigen Sanierungskonzeptes, auf kurzatmige Lösungen zu setzen.

6. Neue Heimat, DGB und SPD: Steuergelder von Johannes Rau

Während außenstehende Betrachter gespannt auf die Vorlage des Prüfungsberichtes oder zumindest die Vergabe des Prüfungsauftrags von seiten der Neuen Heimat warteten, **unternahmen die Neue Heimat, der DGB in Zusammenarbeit mit der SPD einen neuen Anlauf zur Sanierung des Wohnungsunternehmens mit Steuergeldern:**

Die Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau, Wohnungswesen und Agrarordnung in Nordrhein-Westfalen, kurz LEG genannt, kaufte für 142,5 Mio. DM 2385 Wohnungen von der Neuen Heimat NW. Eigentümer der LEG ist mit 56% Anteil das Land Nordrhein-Westfalen. Weiterer Besitzer u. a.: die Westdeutsche Landesbank. Die Westdeutsche Landesbank (Eigentümer: Land NW) bangt momentan um 700 Mio. DM, die ihr die Neue Heimat noch schuldet.

Die Landesentwicklungsgesellschaft ist in Nordrhein-Westfalen gegründet worden, um die industrielle Entwicklung zu fördern, mittelständische Wirtschaft anzusiedeln und Investitionen und Innovationen anzutreiben. Das verträgt sich nicht mit dem Aufkauf von Neue Heimat-Wohnungen!

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen, an ihrer Spitze der SPD-Kanzlerkandidat Rau, ist nicht nur als Besitzer der LEG mit der Neuen Heimat verstrickt. Auch die Wohnungsbauförderungsanstalt, kurz WFA, hat der Neuen Heimat fast 1 Mrd. DM verpfändet. Verwaltungsratsvorsitzender der WFA: Landesstädtebauminister Zöpel. Das ist der gleiche Herr Zöpel, der jetzt über die LEG Wohnungen von der Neuen Heimat kauft. Das ist eine Art der Selbstfinanzierung!

Wie lief nun der Verkauf ab?

Folgender Geldkreislauf ist festzustellen: Die WestLB gewährte der WFA ein Darlehen von 59 Mio. DM. Der vereinbarte Zinssatz beträgt 5,5 %. Er ist um 1 Prozentpunkt niedriger als der Marktzins, der sonst nur erstklassigen Schuldner gewährt wird! Also handelt es sich eindeutig um eine Subventionierung durch das Land! Die WFA leitete das WestLB-Darlehen direkt an die LEG weiter. Darüber hinaus gewährte die Wohnungsbauförderungsanstalt der LEG für 10 Jahre einen jährlichen Kredit von 1,2 Mio. DM über eine Laufzeit von 15 Jahren — zins- und tilgungsfrei.

Dadurch spart die LEG insgesamt etwa 18 Mio. DM. Diese 18 Mio. DM **fehlen jedoch an anderer Stelle bei der Förderung des Wohnungsbaus in Nordrhein-Westfalen.**

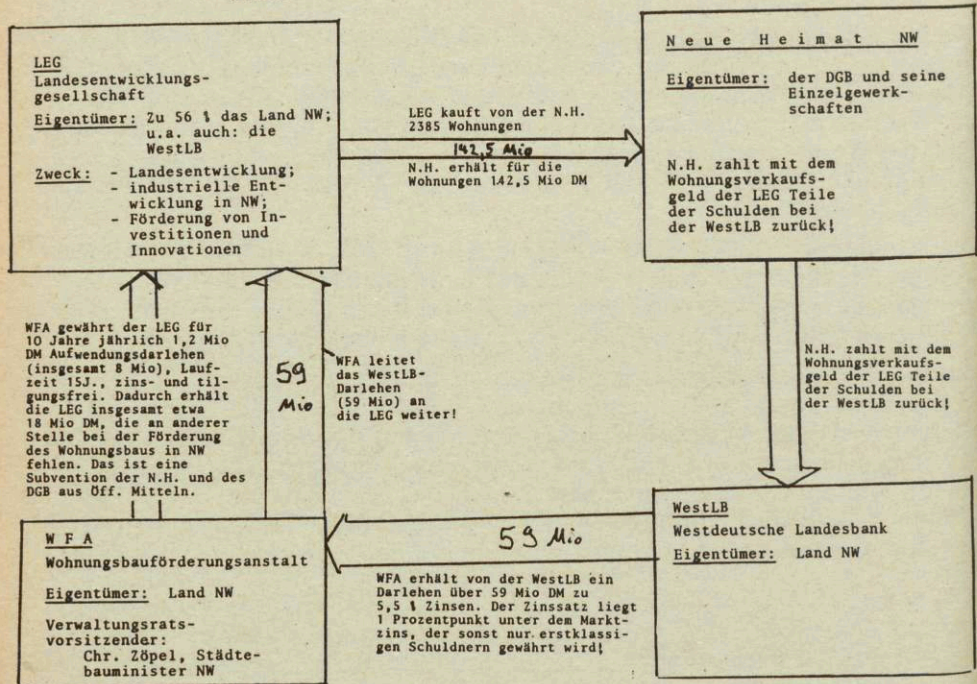
Die LEG, deren Zweck nicht das Aufkaufen von Neue Heimat-Wohnungen ist, kaufte nun 2385 Wohnungen von der Neuen Heimat. Die Neue Heimat erhielt dafür 142,5 Mio. DM.

Und jetzt schließt sich der Kreis: Von diesem Geld bezahlte die Neue Heimat Teile der Schulden bei der WestLB zurück! Verkürzt kann man sagen: Die Westdeutsche Landesbank bezahlt die Schulden der Neuen Heimat bei der Westdeutschen Landesbank (vgl. Übersicht 3).

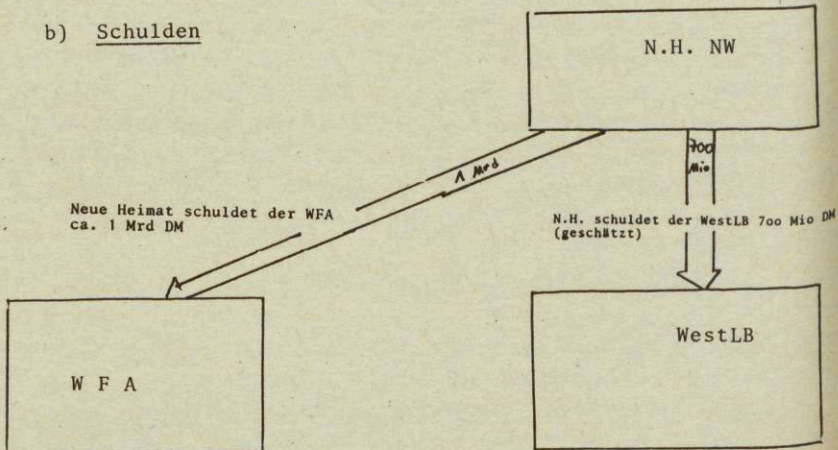
Der Geldkreislauf ist auch durch die Schuldenverstrickung von Neuer Heimat, WFA und WestLB zu erklären (vgl. Übersicht 3 b).

Übersicht 3: Geld und Schulden

a) Geld



b) Schulden



Warum erfolgte der Verkauf zu diesem Zeitpunkt?

Aus nachfolgend aufgeführten Gründen hatten sowohl die Neue Heimat als auch der DGB, speziell aber auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen unter Johannes Rau, ein starkes Interesse daran, den Wohnungsverkauf in Nordrhein-Westfalen zu tätigen.

1. Die Neue Heimat gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH: Schwer angeschlagen, mit fast 18 Mrd. DM Verbindlichkeiten, im Stich gelassen vom DGB als Eigentümer, geführt von einem Herrn Hoffmann, der vor 4 Jahren zur Sanierung eingestellt wurde und bis heute kein tragfähiges Sanierungskonzept vorgelegt hat. Die N.H. Nordrhein-Westfalen steht vor der Zahlungsunfähigkeit! Diese Neue Heimat hat ein starkes Interesse daran, liquide Mittel, also Geld, zu erhalten. Egal von wem, egal wie.

Und wahrscheinlich der wichtigste Grund für den teilweise schon durchgeführten Verkauf aller Wohnungen der N.H. NW: Die Oberfinanzdirektion Düsseldorf fordert seit 1½ Jahren auf Grund eines Gutachtens über die Neue Heimat die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen, da ihre Geschäftspraktiken mit den Gemeinnützigkeits-Regelungen nicht zu vereinbaren sind. Die Gemeinnützigkeit soll hiernach bis rückwirkend in die 70er Jahre hinein aberkannt werden.

Dies aber würde für die N.H. NW bedeuten, daß sie Steuern in Höhe von über 1 Milliarde Mark nachzahlen hätte!

Das Ziel der N.H.-Manager ist offensichtlich: Verkauf aller Wohnungen an das Land NW und dann — bevor die Steuerforderungen gestellt werden — die Auflösung der Regionalgesellschaft N.H. Nordrhein-Westfalen!

Bisher konnten die zuständigen Behörden beim Land Nordrhein-Westfalen die Entscheidung über die Gemeinnützigkeits-Aberkennung verschleppen (nun schon seit über einem Jahr!), doch diese Taktik ist nicht länger durchzuhalten, da die Öffentlichkeit inzwischen unterrichtet ist!

2. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Einzelgewerkschaften: Der DGB hat 4 Jahre nichts getan. Der DGB ist der Besitzer der Neuen Heimat. Dieser Besitzer der Neuen Heimat hat weder darauf gedrängt, ein Konzept zur Sanierung zu erhalten, noch hat er selber ein Konzept erarbeitet. Und dieser DGB, an seiner Spitze **Ernst Breit**, hat das Problem, daß im Mai **der 13. Ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes stattfindet**. Wenn bis dahin die Neue Heimat nicht saniert ist, wird es Ärger geben. Ärger von der Gewerkschaftsbasis. Es ist Insidern bekannt, daß bis zum Mai noch nicht einmal die exakten Zahlen über Vermögen und Verschuldung der Neuen Heimat vorliegen werden. Der Ärger für Breit ist vorprogrammiert. Durch die Wohnungsverkäufe an das Land Nordrhein-Westfalen will er sich etwas Luft verschaffen.

3. Dritter und wichtigster Akteur in diesem Spektakel ist Johannes Rau und seine SPD: Johannes Rau, der den Anstand wahren will, Johannes Rau, der die Sauberkeit in die Politik zurückbringen will, dieser Johannes Rau will zumindest in seinem eigenen Land das Problem Neue Heimat durch massive Subventionierung seitens des Landes umgehen. Und wie immer bei der SPD, spielt Geld keine Rolle.

Doch Johannes Rau übersieht dabei, daß

■ Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu allen Bundesländern die meisten neuen Schulden aufnimmt und

■ Nordrhein-Westfalen schon von der Landeszentralbank NW auf die außerordentlich schlechte Finanzlage des Landes hingewiesen wurde.

Johannes Rau scheint weiterhin nicht zu wissen, daß der Wohnungskauf der LEG 143 Mio. DM direkt oder indirekt aus der Landeskasse gefordert hat.

Der Skandal wird deutlich, wenn man bedenkt, daß J. Rau in dieser außerordentlich schlechten Finanzlage in Nordrhein-Westfalen den Kauf der verbleibenden 43 000 Wohnungen der N.H. Nordrhein-Westfalen unterstützt. Preis: 2,8 Milliarden Mark!

Johannes Rau scheint zu vergessen: Nordrhein-Westfalen hat eine sehr schlechte Finanzlage und die höchste Neuverschuldung aller Bundesländer!

Darüber hinaus hat J. Rau mit hoher Wahrscheinlichkeit auch die Verschleppung der Entscheidung über die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der N.H. NW zu verantworten. Das Gutachten der OFD Düsseldorf lag seit 1984 vor. 1985 wollte Johannes Rau wahrscheinlich vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen die Gewerkschaften mit einer Entscheidung über die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der N.H. NW nicht vergraulen, da er die Hilfe der Gewerkschaften für die Wahl in seinem Lande unbedingt benötigte.

Jetzt, Anfang 1986, muß er sich als Kanzlerkandidat wieder seine Verbündeten sichern: Bevor die Aberkennung der Gemeinnützigkeit überhaupt erfolgen kann, werden die Wohnungen der N.H. NW vom Land Nordrhein-Westfalen aufgekauft. Dadurch hilft er zum einen dem Eigentümer der Neuen Heimat, dem DGB, mit Steuergeldern finanziell aus der Klemme. Zum anderen wird die N.H. Nordrhein-Westfalen vom DGB nach dem Wohnungsverkauf aufgelöst werden können. Dadurch wird sie vor den Steuerforderungen in Millionenhöhe „gesichert“, die auf die N.H. NW nach Aberkennung der Gemeinnützigkeit zukommen werden.

Festzuhalten bleibt: Die Wohnungsverkäufe der Neuen Heimat an das Land Nordrhein-Westfalen helfen dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften, der Neuen Heimat und speziell auch Johannes Rau und der SPD in Nordrhein-Westfalen!

Das Land bezahlt die gekauften Wohnungen aus Steuergeldern. Die Leidtragenden sind also: die Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen!

7. Noch mehr Skandale um die Neue Heimat

Zu dem Finanzskandal der Neuen Heimat gesellten sich weitere **Skandale**. So berechnete z. B. die Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) der Neuen Heimat um 0,25 % über dem marktüblichen Satz liegende Zinsen. Teile der seit den letzten 9 Jahren auf diese Art anfallenden beträchtlichen Mehrbeträge wurden auf direktem oder indirektem Wege an die SPD und die Gewerkschaften verschoben (Stern vom 27. Februar 1986). Bei der Mietpreiskalkulation der Neuen Heimat tauchten die Zinsen als Betriebsausgabe auf. **Die Kosten für die Spenden an die SPD trugen somit die Neue Heimat-Mieter.**

Der DGB-Kreisvorsitzende Skribelka, gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied der Neuen Heimat Bremen, sagte in einem Interview mit einer Bremer Zeitung am 29. Oktober 1985 u. a.: „Außerdem hat der DGB-Bundvorsitzende Ernst Breit klargestellt, **daß die Gewerkschaften nicht für die Neue Heimat da sind, sondern die Neue Heimat ... für die Gewerkschaften.**“ Betrachtet man die Spendenpraxis der Neuen Heimat, so wird im nachhinein klar, was Ernst Breit damit gemeint hat!

Die verschleppte Bearbeitung des Oberfinanzdirektions-Gutachtens zur Gemeinnützigkeit der Neuen Heimat seitens der Behörden des Landes Nordrhein-Westfalens ist schon erwähnt worden. Dieses Gutachten war lange Zeit unter Verschuß. Wie 1986 bekannt wurde, **war 1985, vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, ein weiteres Gutachten zurückgehalten worden:** Landesbauminister Christoph Zöpel hatte kurz vor der Landtagswahl ein Gutachten des Landesrechnungshofes zu Wohnungsverkäufen der Wohnungsbauförderungsanstalt (WFA) an die Neue Heimat und einige andere Firmen erhalten. Dieses Landesrechnungshofgutachten bewertete die Machenschaften und Vorgänge bei den Wohnungsverkäufen als sehr negativ. Zöpel hielt das Gutachten bewußt unter Verschuß.

Statt dessen zeigte er überall ein Gutachten der Firma „Baurevision“ herum, die die Wohnungsverkäufe positiv beurteilte. Bemerkenswerterweise ist die Baurevision die gleiche Prüfungsgesellschaft, die gleiche Firma, die die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalens seit vielen Jahren prüft.

Die Wirtschaftswoche berichtete 1985 von einer „Gedächtnislücke Zöpels“ und machte die Vorgänge bekannt. Zöpel verlor einen Prozeß gegen die Wirtschaftswoche, die 27 000 DM Prozeßkosten zahlte das Land Nordrhein-Westfalen. Auch das Urteil wurde so gut wie unter Verschuß gehalten.

IV. Ausblick

Schaut man sich die Vorgänge um die Neue Heimat an, so kann man feststellen:

Die Neue Heimat hatte im Gespräch mit den Länderbauministern und Bundesbauminister Schneider am 5. Februar 1986 zugesagt,

- a) ein Sanierungskonzept vorzulegen und
- b) die Finanz-, Verschuldens- und Vermögenslage der Neuen Heimat von einem neutralen Prüfer untersuchen zu lassen.

Wenn Sanierungskonzept und Prüfungsbericht vorliegen, sollte gemeinsam weiterüberlegt werden, wie der Neuen Heimat geholfen werden kann.

Doch **Ernst Breit und sein DGB halten sich nicht an Absprachen**. Außerdem sind aus den aufgezeigten Gründen **Johannes Rau und seine SPD an einer schnellen Lösung interessiert**.

Doch diese schnelle Lösung wird es nicht geben. Der Versuch der SPD-regierten Bundesländer, die Neue Heimat auf Steuerkosten zu sanieren, wird nicht gelingen. Die Bürger im Land sind nicht dumm, das glaubt offensichtlich nur die SPD. Die Menschen wissen genau, wer schuld ist an dem Desaster der Neuen Heimat!

Johannes Rau und sein Wohnungsbauminister Christoph Zöpel haben die Wohnungskäufe des Landes Nordrhein-Westfalen zu verantworten, haben die Bürgschaften der WestLB und der Wohnungsbauförderungsanstalt zu verantworten, und die beiden wissen, daß sie sich aus der Verstrickung von Spendengeldern der Neuen Heimat, zurückgehaltenen Prüfungsgutachten und der **allgemeinen Verschwendung von Steuergeldern speziell auch in diesem Fall nicht mehr herausreden können**.

Doch die Leidtragenden sind die Steuerzahler in den SPD-Ländern, die — ungefragt — die Neue Heimat retten sollen. Und die Leidtragenden sind die Menschen, die nicht in Sozialwohnungen unterkommen können, weil das Geld zum Bau dieser Wohnungen zum Kauf der N.H.-Wohnungen verwendet wurde.

Fest steht einzig und allein: Der DGB muß endlich Geld in sein Unternehmen stecken! Er darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen!